

Zeitschrift: Werdenberger Jahrbuch : Beiträge zu Geschichte und Kultur der Gemeinden Wartau, Sevelen, Buchs, Grabs, Gams und Sennwald
Herausgeber: Historischer Verein der Region Werdenberg
Band: 25 (2012)

Artikel: Der "Homo sapiens" war immer auch ein "Homo migrans" : ein Überblick zur Geschichte der Migration in der Schweiz
Autor: Keller-Giger, Susanne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893503>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der «Homo sapiens» war immer auch ein «Homo migrans»

Ein Überblick zur Geschichte der Migration in der Schweiz

Susanne Keller-Giger

Migration gehört zur *Conditio humana* [Natur des Menschen] wie Geburt, Vermehrung, Krankheit und Tod; denn der *Homo sapiens* hat sich als *Homo migrans* über die Welt ausgebreitet. Auch die europäische Geschichte wurde entscheidend geprägt durch Migration und Integration.»¹

Ab-Wandern können Arbeitsplätze oder gute Steuerzahler. Aus Europa sind im letzten und vorletzten Jahrhundert viele Menschen *aus-gewandert*. Am Wochenende liebt es der Mensch in der Natur zu *wandern*.² Trotz der Vertrautheit des *Wanderns* sind «Migration und Integration zentrale Sorgenthemen in Europa geworden»³, zu politischen Dauerbrennern und zum emotionalen Pulverfass. Die Wahrnehmung von *Zu-Wanderern* in Gesellschaft und Politik ist oft pauschal negativ.

Der vorliegende einführende Beitrag gibt nach einer kurzen Einleitung in das Phänomen *Migration* einen geschichtlichen Überblick über die Zu- und Binnenwanderung in der Schweiz. Dabei wird ab der Industrialisierung jeweils in einem Vorspann der Bezug zu den zeitgleichen Entwicklungen in Europa hergestellt.

Was ist Migration?

Migration hat es schon immer gegeben. Aber wenn wir heute von Migration oder im Speziellen von Zuwanderung sprechen, so meinen wir die Wanderung von Menschen über Staatsgrenzen, die sogenannte grenzüberschreitende oder transnationale Migration. Wenn wir uns etwas vertiefter mit dem Thema auseinandersetzen, stossen wir auch noch auf die eigentlich viel

häufigere kleinräumige Wanderung, die passiert, ohne dass territoriale oder staatliche Grenzen überschritten werden, die sogenannte Binnenmigration. Beide Wanderungsformen sind im engeren Sinn an den nach aussen abgegrenzten einheitlichen Nationalstaat gebunden und somit erst seit dem 19. Jahrhundert relevant. Im vorliegenden Jahrbuch wird die Zuwanderung unter einem weiter gefassten Begriff der Migration behandelt, so dass auch frühe Besiedlungen des Raumes Werdenberg einbezogen werden können. Die Völkerwanderungen im 6./7. Jahrhundert erfüllten in vielem bereits Kriterien von dauerhafter transnationaler Migration: Die Völker beabsichtigten nicht, zu ihren geografischen Wurzeln zurückzukehren, sie überschritten Grenzen, sie integrierten und assimilierten sich allmählich am neuen Ort.⁴

Warum verlassen Menschen ihre Heimat?

Ganz unterschiedliche Gründe motivieren Menschen dazu, von einem Ort zu einem anderen zu ziehen: die Suche nach Arbeit oder eine Heirat, die Ansiedlung in einer noch nicht vom Menschen genutzten Gegend oder die Wanderung als Nomade, bei dem Migration zur Sozialstruktur seiner Gesellschaft gehört. Kriege und Katastrophen können Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen, oder diese flüchten vor politischer Verfolgung und Unterdrückung. Menschen verlassen ihren Lebensraum nur selten freiwillig. Eingeschränkte wirtschaftliche Möglichkeiten, drohende, gefürchtete oder wirkliche Verarmung oder sich ver-



schlechternde Lebensumstände durch Klimaveränderungen im Herkunftsland sind äussere Lebensumstände, die Menschen unter Druck setzen, aus ihrem Land oder ihrer Region abzuwandern. Die Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben in der Herkunftsgesellschaft verhält sich oft umgekehrt proportional zu den Hoffnungen auf Verbesserung der Situation im Zielgebiet.

Die Arbeitswanderung vom Land in die Stadt war und ist eine der häufigsten Wanderungsbewegungen. Oft ist sie zeitlich befristet. Man spricht von zirkulärer Wanderung, wenn sie mit regelmässiger Rückkehr ins Herkunftsgebiet verbunden ist. Der Aufenthalt im fremden Gebiet kann auch mehrere Jahre dauern und eine anschliessende Rückwanderung in die Herkunftsre-



Das Alpenrheintal ist seit jeher Transitland mit schon in der Frühzeit alpenquerendem Austausch. Luftaufnahme 2006 Hans Jakob Reich, Salez

gion geplant sein. Menschen wollen durch ihre Wanderung Chancen nutzen, ihre wirtschaftliche und soziale Situation im Zielgebiet zu verbessern – vor allem, wenn zwischen dem Herkunfts- und dem Zielgebiet ein ökonomisches Gefälle besteht, und sei es auch nur in einzelnen Branchen. Geldüberweisungen der Arbeitswanderer an die Familie zuhause sollen das Los im wirtschaftlich schwächeren Gebiet erleichtern.

Eine Auswanderung ist ein wichtiger Grundsatzentscheid für die Lebensplanung; Arbeitsmigranten sind meistens jung. Je nach Situation wandern einzelne Personen oder ganze Familien, Menschen mit gemeinsamer Religion, politischer Überzeugung oder ethno-kulturellem Hintergrund aus.

Zur Vorbereitung einer Auswanderung braucht es vorgängig Wissen über mögliche Migrationsziele. Netzwerke wie Verwandte, Bekannte, Auskünfte staatlicher, kirchlicher oder privater Hilfsorganisationen und Beratungsstellen, Publikationen sowie Anwerbung von Arbeits- und Siedlungswanderern durch Werber oder Agenten informieren Migrationswillige über mögliche Pfade. Meist sind die Informationen auf einen bestimmten Zielort und ausgewählte Arbeitsplatzsegmente fokussiert. Nicht selten kommen Arbeitswanderer jedoch gar nie in ihrem geplanten Zielgebiet an, sondern lassen sich bereits unterwegs nieder.⁵

Nicht planen lässt sich erzwungene Wanderung. Religiös, politisch, ethnisch oder nationalistisch motivierte

Repression kann Menschen zur Flucht vor Gewalt zwingen. Oder die Staatsgewalt verfrachtet Menschen mittels Vertreibung, Deportation und Umsiedlung an einen anderen Ort im eigenen Land oder über die Grenzen. Die freie Wahl des Bestimmungsortes entfällt.⁶

Was erwartet Migranten im Zielgebiet?

In den Zielgebieten angekommen, kommt es zu unterschiedlichen Formen der Identifikation mit dem neuen Raum und dessen Bevölkerung. Der häufigste Fall ist ein allmählicher Integrationsprozess, der sich über mehrere Generationen hinziehen und bis zur Assimilation⁷ führen kann. Für den Migranten oder die Migrantin geht es aber nicht in erster Linie um eine Angleichung an die eingessessene Bevölkerung. Für sie ist die Zuwanderung geglückt, wenn sie sich im Zielland etablieren können, beruflich und gesellschaftlich. Heute als Einheimische wahrgenommene Familien sind oft selbst Nachkommen von Zugewanderten, die vor noch nicht allzu langer Zeit in eine Region kamen. An ihnen wird der Prozess der Integration und Assimilation deutlich.

Zeichen für ein Verharren dieser natürlichen Entwicklung sind Diaspora⁸ oder Minderheitenbildung. Die Integration in die Mehrheitsgesellschaft

1 Bade, Emmer, Lucassen, Oltmer 2010, S. 19.

2 Notter 2011.

3 Bade, Emmer, Lucassen, Oltmer 2010, S. 19.

4 Hoerder, Lucassen, Lucassen 2010, S. 36.

5 Ebenda, S. 36ff.

6 Oltmer 2010, S. 1ff.

7 *Assimilation*: Kulturelle und sprachliche Anpassung an die einheimische Gesellschaft.

8 *Diaspora* (griech. 'Verstreutheit') benennt hauptsächlich religiöse oder ethnische Gruppen, die ihre traditionelle Heimat verlassen haben und verstreut unter Andersdenkenden leben.

wird einer Minderheit vorenthalten oder zumindest nicht unterstützt. Beispiele sind die Ghettoisierung⁹ der jüdischen Minderheit im Mittelalter sowie misslungene Integration grösserer Zuwanderergruppen auch heute. Fehlen des Wissen übereinander kann zu «einseitigen» Zuschreibungen und Vorurteilen von beiden Seiten führen und nicht reale Gruppenidentitäten konstruieren.¹⁰

Die Schweiz – schon immer ein Zu- und ein Abwanderungsland

Die Geschichte der Migration in der Schweiz ist geprägt von deren zentraleuropäischer Lage und von den unterschiedlichen Sprachgebieten, die das Land umgeben und sich in seinen Hauptsprachen niederschlagen. Im 17. und 18. Jahrhundert bis zum Ende der Alten Eidgenossenschaft 1798 bestand die Schweiz aus den 13 souveränen Alten Orten, den Zugewandten Orten und den Untertanengebieten. Die Grenzen der Eidgenossenschaft veränderten sich seit dem 16. Jahrhundert kaum. Dafür wuchsen die Grenzgebiete

durch die rege Zuwanderung aus den sprachlich verwandten Nachbarländern viel stärker als die Binnenkantone. Die schon früh bedeutenden Grenzstädte Genf und Basel sind bis heute Ausdruck dieses Bevölkerungsaustausches an den Rändern der Eidgenossenschaft. Die Nord-Süd-Routen über die Schweizer Alpen sorgten seit Jahrtausenden für regen Austausch von Waren und brachten damit auch Menschen in fremde Regionen.¹¹

Von den ersten Siedlungen bis zur Wanderung der Walser

Über 12 000 Jahre alte Funde von Lagerstätten sind Zeugen einer langen Anwesenheit der Menschen im Alpenrheintal. Erste bäuerliche Siedlungen aus dem 5. Jahrtausend v. Chr. deuten auf Verbindungen der damaligen Bewohner zum Gebiet nördlich des Bodensees, spätere Steingeräte aus oberitalienischem Silex auf Beziehungen über die Alpen. Bereits im 4. und frühen 3. Jahrtausend v. Chr. wurden Materialien aus allen Himmelsrichtungen importiert und genutzt. Es ist auch an-

zunehmen, dass die Beziehungen bis ins Mittelland, wenn nicht gar in die Westschweiz reichten. Diese frühen Siedlungen waren an erhöhten, überschwemmungssicheren Lagen angelegt. Im 6. Jahrhundert v. Chr. nahm die Siedlungstätigkeit im Alpenrheintal zu. Die Alpenpässe bekamen wachsende Bedeutung für Verkehr und Handel.¹²

15 v. Chr. gelang es den Römern nach etlichen keltischen Einfällen in ihr Reich, Rätien zu erobern. Chur und Bregenz wurden Zentren der neuen Herrschaft. Römische Sitten und Sprache, neue Techniken und Produkte fanden den Weg ins Alpenrheintal. Das Land wurde vermessen, ansässigen Familien der Oberschicht wurden Ländereien zugeteilt. Grosse Landgüter prägten von nun an die regionale Landwirtschaft. Eine zweihundertjährige Phase wirtschaftlicher Prosperität begann. Im 3. Jahrhundert bedrohten Einfälle der Germanen die nördlichen Provinzen des Reiches. Zum Schutz vor kriegerischen Auseinandersetzungen zog sich die Bevölkerung auf die schon in vorrömischer Zeit besiedelten Talkuppen zurück.

Im Frühmittelalter herrschte in Europa mehr oder weniger ständige Bewegung durch Völker wie Goten, Hunnen, Franken, Langobarden, Alemannen und weitere Völkergruppen und Stämme. Im Alpenrheintal siedelten sich von Norden her Alemannen an, was in einem mehrere Jahrhunderte dauernden Prozess und über Phasen der Zweisprachigkeit zur Germanisierung der alteingesessenen rätoromanischen Bevölkerung führte. Fränkische Könige beendeten im 8. Jahrhundert die Vorherrschaft einheimischer rätisch-romanischer Familien. Fränkische oder alemannische Herrschaftsträger – weltliche und geistliche – wurden eingesetzt. Sie brachten ihre alemannischen Gefolgsleute mit, die in der Verwaltung und Nutzung des Lehengutes tätig waren. Die Bevölkerung bestand südlich der Linie Hirschen-sprung-Götzis (der Grenze zwischen den Bistümern Konstanz und Chur-



Grabungsarbeiten der Kantonsarchäologie in Sevelen-Pfäfersbüel im Juni 2004 (von links: Regula Steinhauser-Zimmermann, Martin Peter Schindler, Erwin Rigert). Der Siedlungsplatz reicht bis in die Epi-Rössener-Zeit zurück (4400–4050 v. Chr.). Foto Hans Jakob Reich, Salez



Hochmittelalterliche Burgen des aus Süddeutschland zugewanderten «rätischen» Adels (von oben links): Sagogn, Santa Maria in Calanca, Mesocco, Hohensax. Fotos Hans Jakob Reich, Salez

rätien) immer noch weitgehend aus Romanen.

Im 12. Jahrhundert kamen, protegiert von den Stauferkönigen, edelfreie¹³ schwäbische Zuwanderer nach Churrätien: die Herren von Sagogn, Rhäzüns, Vaz und Sax. Unter den ursprünglich schwäbischen Herren, die sich als rätischer Adel etablierten, fand eine wichtige Phase des hochmittelalterlichen Landesausbaus¹⁴ statt.¹⁵

Die Mobilität der Bevölkerung war im Spätmittelalter noch wenig eingeschränkt, Migration war dementsprechend eine häufige Erscheinung. Das Phänomen hatte verschiedene strukturelle und demografische Gründe. Kriege und Epidemien führten zu hoher Sterblichkeit, was vor allem im 14./15.

Jahrhundert zu etlichen Neueinbürgerungen in den Städten führte. In wirtschaftlich guten Zeiten strömten Menschen ebenfalls in die Städte. Auch wenig besiedelte ländliche Regionen ver-

suchten Zuwanderer durch niedriges Anzugsgeld¹⁶ anzulocken. Handwerker zogen von einer Stadt zur anderen.

Auf der Suche nach neuen Siedlungsgebieten machten sich im 13./14.

9 *Ghetto* oder *Getto* war früher die Bezeichnung für einen Stadtteil, in dem Juden gezwungen waren zu leben. Heute ist damit allgemein ein Stadtteil gemeint, der vorwiegend von bestimmten Bevölkerungsgruppen, meist sozialen Randgruppen, bewohnt wird.

10 Bade, Emmer, Lucassen, Oltmer 2010, S. 24–25.

11 Vuilleumier 2010, S. 189f.

12 Vgl. Regula Steinhauser, «Frühe Besiedlung des Transitlandes Alpenrheintal», im vorliegenden Band.

13 *Edelfrei* waren die im rätischen Raum als *Nobiles* und später als *Freiherren* bezeichneten Herren, die im Spätmittelalter den rätischen Hochadel bildeten.

14 *Landesausbau*: Erschliessung und Besiedlung bis dahin siedlungsleerer oder siedlungsarmer Räume.

15 Vgl. Heinz Gabathuler, «Die alemannisch-schwäbischen Herren in Rätien», im vorliegenden Band.

16 *Anzugsgeld*, auch *Bürgergeld* oder *Einzugsgeld* genannt, bezeichnet eine Abgabe an die Gemeinde oder Stadt beim Zuzug einer Person oder Familie.

Jahrhundert alemannische Walser aus dem heutigen Kanton Wallis auf die Wanderschaft. In verschiedenen Alpengebieten in der Schweiz, Norditalien, Liechtenstein, Österreich und Bayern siedelten sie sich oft in höheren, wenig begehrten Lagen an. Die Zuwanderung der Walser beeinflusste die Bevölkerungsstruktur des Alpenrheintals und seiner Seitentäler nachhaltig.¹⁷

Unfreie folgten dem Ruf «Stadtluft macht frei». Sie verliessen ihre Höfe und liessen sich in anderen Teilen der Eidgenossenschaft, vor allem in den Städten nieder, wo sie das Bürgerrecht erhielten. Auch wiederholte Beschlüsse der Tagsatzung zur Eindämmung der unerwünschten Abwanderung konnten das nicht verhindern.

Arbeits- und Siedlungswanderung in der Frühen Neuzeit

Patrizier und Zünfte, die kleine Oberschicht in den Städten, begannen die Zuwanderung zu begrenzen. Sie fürchteten den Verlust ihrer wirtschaftlichen und politischen Privilegien durch Konkurrenz von aussen. Die Vergabe von Bürgerrechten und Niederlassungsbewilligungen für Hintersassen¹⁸ wurden äusserst restriktiv gehandhabt.

In ländlichen Gebieten herrschte hingegen rege Mobilität, die nicht so sehr auf die Städte ausgerichtet war. Das vorindustrielle Verlagssystem¹⁹ schaffte neue Arbeitsplätze. Mit seiner rationelleren Arbeitsweise bildete es eine Konkurrenz für das städtische Zunftgewerbe. Ebenfalls im ländlichen Umfeld spielte sich die agrarisch geprägte Wanderung von den Berggebieten in die Täler und ins Flachland ab. Es handelte sich um saisonale Arbeitswanderungen, die abhängig waren von den Vegetationszeiten in den jeweiligen Regionen.

In den ländlichen, agrarisch geprägten Gebieten konnte der Umgang mit dem zunehmenden Druck der Binnenwanderung sehr unterschiedlich sein. In Gegenden, die selbst von Abwanderung betroffen waren, ergriffen die Obrigkeiten restriktive Massnahmen zur

Kontrolle der Bevölkerungszahl. Sie auferlegten Heiratsbeschränkungen im kommunalen und kantonalen Ehe-recht oder Vorschriften im Erbrecht. Weitere Massnahmen gab es im Wohnungsbau. Niederlassungsbewilligungen für Einzelpersonen und Unternehmen wurden nur spärlich ausgeben oder man verlangte horrenden Anzugsgelder. Spärlich besiedelte Gegenden hingegen bemühten sich, Zuwanderer anzuziehen. Ebenso Regionen, die sich in wirtschaftlichem Aufschwung befanden. Beispiele dafür sind in der Ost- und Westschweiz zu finden, wo man einen vorindustriellen Aufschwung verzeichnete. Gemeinden, die dringend Arbeitskräfte benötigten, setzten das Anzugsgeld tief an. Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts kamen auf diese Weise bislang spärlich besiedelte Gebiete mit wenig produktiven Böden zu Bevölkerungswachstum.²⁰

Schon früh bekannt war die Gesellenwanderung, die einen Bestandteil der städtischen Zunftordnung bildete. Als ein wichtiges traditionelles zirkuläres Migrationsmuster hatte sie bis ins 19. Jahrhundert hinein Bestand. Seit der Frühen Neuzeit herrschte ein Wanderzwang für Handwerker mit festgelegtem Modus. Die Gesellenwanderung brachte Wissen und Technologien in andere Regionen. Sie diente als Steuerungsinstrument der Arbeitsmärkte.²¹ Die Gesellen selber suchten nach den besten Arbeitsmarktchancen, nach Möglichkeiten, eine eigene Familie zu gründen und irgendwann sesshaft zu werden. Zu Beginn der Industrialisierung nahm die Zahl der Gesellen wegen steigendem Arbeitskräftebedarf zu. Erst die Aufweichung der Zunftmonopole und der damit verbundenen Auflösung der Beschränkung des Arbeitsmarktzugangs liess neue Gewerbestandorte entstehen und alte untergehen. Die neu entstandenen Industriebetriebe interessierten die alten Zunftstrukturen nicht mehr. Die Gesellenwanderung überlebte nur in Spezialgewerben an wenigen Standorten.²²

Religion, der gesellschaftliche Stand und das Geschlecht spielten in der Frühen Neuzeit eine bedeutend grössere Rolle für die soziale Positionierung als die regionale Herkunft oder Volkszugehörigkeit. Glaubensgenossen hatten es einfacher, sich zu integrieren als Anhänger anderer Religionen. In den Zeitraum vom 16. bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts fällt die protestantische Migration in reformierte Regionen Europas. Die frühen Flüchtlinge aus Italien und Frankreich liessen sich mehrheitlich dauerhaft in der Schweiz nieder und konnten sich innerhalb weniger Generationen im Bürgertum etablieren. Im Gegensatz dazu benutzten die Flüchtlinge der letzten Welle, die nach dem königlichen Widerruf des Edikts von Nantes 1685²³ die Grenzen überschritten, die Schweiz primär als Durchgangsland mit dem Ziel, nach Preussen oder in andere protestantische deutsche Länder zu gelangen. Die schwierige Wirtschaftslage und die grosse Anzahl Religionsflüchtlinge – 140 000 Flüchtlinge standen einer Schweiz mit 1,2 Millionen Einwohnern, davon zirka 800 000 Reformierten, gegenüber – führten zur Abschottung von Bürgertum und Gemeinden. Fremdenfeindlichkeit anstelle von Glaubenssolidarität herrschte vor. Die Flüchtlinge wurden abgewiesen.

Die geflüchteten protestantischen Kaufleute und Fabrikanten lieferten Kapital und ihre Geschäftsbeziehungen mit in die Schweiz, Handwerker brachten neues Wissen und Fertigkeiten. Sie gaben der Wirtschaft in den reformierten Kantonen und den Städten neue Impulse, die zu wirtschaftlichem Wachstum führten.²⁴ Die Migrationsfamilien besaßen ihre Netzwerke in unterschiedlichen Aufnahmeländern. Das vereinfachte den Aussenhandel und das Bankenwesen. Der internationale Austausch stärkte die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft.²⁵

Die Schweiz war aber auch ein Auswanderungsland. Vor allem in agrarisch geprägten Gegenden förderten zunehmender Bevölkerungsdruck, Hungers-

nöte und der Ersatz des Getreideanbaus durch Viehzucht die Abwanderung. Mit Unterbrüchen wurden bis zur Gründung des Bundesstaates 1848 mit jungen Schweizer Männern aus unteren sozialen Schichten neue Söldnerverträge geschlossen. In geringerem Masse kam es auch zu Abwanderung von qualifizierten Berufsleuten in verschiedene Länder Europas.²⁶

Industrialisierung und Entstehung der Nationalstaaten

Europa

Zwei grundlegende Entwicklungen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigten bedeutende Auswirkungen auf Migrationsbewegungen und auf den Umgang mit Zuwanderern in Europa: die Industrialisierung und Nationalstaatenbildung:

Die Industrialisierung und die damit einhergehende Liberalisierung der Gesellschaft förderten die räumliche Mobilität. Es entstanden Arbeitswanderungssysteme, die Städte wuchsen (Urbanisierung) und die Landwirtschaft modernisierte sich. Wanderhandelssysteme – die Hausierer – kamen ebenso auf wie Muster der Verknüpfung von Ausbildungs- und Arbeitswanderungen. Nicht alle gehörten zu den Gewinnern der frühen Industrialisierung. Aus den ärmeren Arbeiterschichten wanderten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Tausende über den Atlantik nach Amerika aus.²⁷

Unter dem Einfluss der Nationalstaatenbildung gewannen die Herkunft und Angehörigkeit zu bestimmten «Völkern»²⁸ an Bedeutung. «Nationales» Bewusstsein betonte das Trennende zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und trug in sich den Keim zu nationalistischem Denken mit rassistischen Elementen. Verbunden mit den Ambitionen imperialer Herrschaft auf Seiten der europäischen Mächte wurde ein explosives Gemenge geschaffen, das letztlich in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs führte. Es kam zu einer Ablösung oder Ergän-

zung der Loyalität gegenüber einem Monarchen zugunsten des Nationalstaates. Trotz zunehmender Bedeutung der Nationalstaaten herrschte bis zum Ersten Weltkrieg zwischen den einzelnen Staaten weitreichende Migrationsfreiheit.²⁹

Schweiz

Die politische Liberalisierung 1830/1848 führte in der Schweiz zu mehr Mobilität. Noch bis in die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts machten Ausländer nur 2,5 Prozent der Bevölkerung aus. Die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Schweiz war bereits in der Helvetik (1798–1803) garantiert und der Status der Leibeigenen und der Untertanengebiete war endgültig aufgehoben worden. Mit verschiedenen europäischen Ländern wurden Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung der freien Niederlassung geschlossen. Die Anzahl Arbeitswanderer aus Nachbarländern in die Schweiz nahm zu. Vor allem in den Grenzkantonen gab es einen sehr hohen Ausländeranteil.³⁰ Etwa die Hälfte der aus Deutschland stammenden Migranten waren Handwerksgesellen – Schneider, Schuster, Schlosser oder Zimmerleute – auf traditionellen Routen. Zusammengepfercht wohnten sie einige Wochen oder Monate in ärmlichen Unterkünften. Ihnen fehlten ihre familiären Netze und die

traditionelle soziale Kontrolle. Isoliert im fremden Land tranken sie häufig über den Durst und beteiligten sich an Raufereien. Örtliche Pfarrer und Bürger, oft Liberale, unterstützten ihre Integration mit Fürsorgevereinen, die neben Bildungsmöglichkeiten einen Ort zum Verweilen und des gegenseitigen Austausches boten.

Während im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit hauptsächlich die Gemeinden, Städte und Kantone den Umgang mit Fremden im eigenen Gebiet regelten, erhielt der Bund seit der Gründung des Bundesstaates 1848 zunehmende Verfügungsgewalt. Nicht zuletzt ging es darum, die Handhabung im Umgang mit Zuwanderern zu vereinheitlichen. Auf der Basis der politischen Gemeinden sollte ein einheitliches Schweizer Bürgerrecht für die Bürger der Alten Orte und deren Hintersassen und Untertanen geschaffen werden. Dies führte zu Konflikten, weil die begüterten Dorfgenossen und Stadtbürger ihre Rechte an Wald, Allmenden und anderen Gemeingütern nicht mit den «Neubürgern» teilen wollten. Man befürchtete auch, für die «Armenpflege» mittelloser Mitbürger aufkommen zu müssen.³¹

Nur ein kleiner Teil der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung konnte in den Anfängen der Industrialisierung vom wirtschaftlichen Aufstieg

17 Head-König 2008.

18 *Hintersassen* waren Bewohner von Gemeinden und Städten, die nicht das volle Bürgerrecht besaßen. Vgl. Hansjakob Gabathuler, «Hintersassen – die Einwohner minderen Rechts», im vorliegenden Band.

19 Dezentrale Produktion in Heimarbeit.

20 Head-König 2008.

21 Flexible Reaktion auf saisonale, konjunkturelle Schwankungen, demografische und politische Krisen (z. B. Seuchen, Kriege).

22 Oltmer 2010, S. 16ff.

23 Das Edikt von Nantes sicherte den Protestanten in Frankreich, den sogenannten *Hugonotten*, freie Religionsausübung zu.

24 Den Aufbau der Schweizer Uhrenindus-

trie bewerkstelligten zu einem beachtlichen Teil hugenottische Handwerker.

25 Vuilleumier 2010, S. 189ff.

26 Vgl. Vuilleumier 2010, S. 192f. und *Werdenberger Jahrbuch* 1988, 1. Jg., zum Thema Auswanderung.

27 Hoerder, Lucassen, Lucassen 2010, S. 42ff.

28 *Volk*: Definiert durch gemeinsame Herkunft, Sprache, gemeinsames Territorium.

29 Hoerder, Lucassen, Lucassen 2010, S. 42.

30 Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in Basel-Stadt 23 Prozent und in Genf 23,8 Prozent Ausländer.

31 Vgl. Hansjakob Gabathuler, «Hintersassen – die Einwohner minderen Rechts», im vorliegenden Band.



Barbara Föh von Benken Cis St. Gallen 42 J. alt (falsch Barbara Jöhli) u. Barbara Neuschwander Beihälterin des Joseph Bucher.



Joseph Bucher von Weilingen K.R. Württemberg 51 J. alt (falsch Joseph Zäpf and Joseph Burkli).



Elisabetha Gyser oder Geisser auch Gyse 34 J. alt wahrscheinlich aus Württemberg



Johann Heizmann 60 J. alt (ohne Hände)



Johannes Nater von Hujdshafen Gl. Thurgau (falsch Jakob Keller Jakob Huber und Konrad Brenner. 30 J. alt.



Johann Bolenaki oder Bolimaki aus Guchanoff in Polen 34 J. alt

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts reagierten die Kantone mit Einbürgerungsgesetzen auf die «Heimatlosenfrage». Aus Carl Durheims Aufnahmen von Heimatlosen 1852–1853. Tafel XXXVI BND, Staatsarchiv St. Gallen.

profitieren. Andere drohten zu verelenden. Ihnen blieb nicht einmal ein kleines Stück Boden zur Selbstversorgung. Als Fabrikarbeiter wohnten sie in desolaten Wohnungen und waren dem Konjunkturverlauf bei Löhnen und Preisen schutzlos ausgeliefert. Manche landeten als Vaganten und Fahrende auf der Strasse. Die «Heimatlosenfrage» führte bis 1850 zu mehreren Konkordaten und kantonalen Einbürgerungsgesetzen.³²

Viele Schweizer, meist männliche Angehörige der unteren ländlichen Schichten, suchten ihr Glück in Amerika. Es gab aber auch Frauen, die sich

oft als Gouvernanten in Russland ihren Lebensunterhalt verdienten. Erst ab 1888 wies die Schweiz einen Überschuss an Zuwanderern auf.

Ab 1815 schwappten mehrere Wellen politischer Flüchtlinge in die Schweiz, hauptsächlich Liberale aus Deutschland. Die Aufnahmebereitschaft war von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Auf aussenpolitischen Druck wurden 1823 und 1836 politisch gefährlich erscheinende Personen ausgewiesen. 1849 nach den gescheiterten bürgerlichen Revolutionen in Europa zeigte sich die Schweiz allerdings grosszügiger. Zirka 12 000 Flüchtlinge aus

Deutschland wurden in die Schweiz eingelassen. Die meisten von ihnen reisten nach kurzem Aufenthalt weiter in die USA oder nach England.³³ 1863/64 wurden 2000 polnische Flüchtlinge nach dem Scheitern des nationalen Aufstands gegen die Besatzungsmacht Russland aufgenommen. Ein Teil von ihnen blieb im Land und bildete mit ihren Landsleuten, die sich bereits nach dem gescheiterten polnischen Novembraufstand 1830/31 in der Schweiz niedergelassen hatten, kleine Herkunftsgemeinschaften.³⁴

Zuwanderer prägten im 19. Jahrhundert das Bildungswesen in der Schweiz:

Ausländische Professoren, oft Liberale aus deutschen Gebieten, leisteten an den neugegründeten Universitäten Zürich (1833) und Bern (1834) wie auch am Polytechnikum (1855, heute ETH)³⁵ einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung des schweizerischen Bildungswesens. Ausländische Lehrpersonen an Mittelschulen und privaten Bildungsinstituten glichen in den Anfängen der Volksschule den Mangel an eigenen Fachkräften aus.

Damals wie heute gaben Zuwanderer oder deren Nachkommen der Schweizer Wirtschaft wichtige Impulse und trieben die Technologieentwicklung voran. Sie waren politische Flüchtlinge oder stammten aus Wirtschaftsmigranten-Familien. Der deutschstämmige *Heinrich Nestlé* (später: *Henri Nestlé*) beispielsweise gründete 1866 den heute weltweit grössten Lebensmittelkonzern Nestlé in Vevey. *Walter Boveri*, ebenfalls aus Deutschland, war 1891 Mitbegründer des weltweit tätigen Elektrotechnikkonzerns Brown, Boveri & Cie. (heute Asea Brown Boveri). *Julius Maggi*, Sprössling einer italienischen Zuwandererfamilie, galt als Pionier der Lebensmittelindustrie und erfand die Maggi-Würze. *Tadeus Reichstein* aus Polen entwickelte synthetisches Vitamin C für die industrielle Produktion. *Emil Georg Bührle* aus Süddeutschland war Hauptaktionär und Geschäftsführer der Maschinen- und Waffenfabrik Oerlikon-Bührle. Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist der 2010 verstorbene Libanese *Nicolas Hayek*, dessen Lancierung der Billiguhr Swatch der darniederliegenden schweizerischen Uhrenindustrie zu neuem Elan verhalf.³⁶

Die Wirtschaft der Schweiz wuchs nach einer Abschwächung in der Zeit weltwirtschaftlicher Krisen 1873–1895 bis zum Ersten Weltkrieg rasant. Mit dem Wirtschaftsaufschwung und dem Ausbau des Eisenbahnnetzes wuchs der Bedarf an Arbeitskräften und technischen Experten. Auf dem Land nahm die Bevölkerung um 20 Prozent zu; zwei Fünftel davon gingen auf Zuwanderung und hohe Geburtenraten von



Im Eisenbahn- und im Tunnelbau kamen ab den 1850er Jahren erstmals in grosser Zahl Gastarbeiter vor allem aus Italien zum Einsatz. Gotthardtunnel-Bauarbeiter um 1880 vor dem Portal in Airolo. Public-Domain-Bild

Ausländern zurück. Vor dem Krieg machten Zuwanderer fast 15 Prozent der Bevölkerung aus. Die Schweiz verfügte neben Luxemburg über den höchsten Ausländeranteil in Europa. Dass der Ausländeranteil nicht abnahm, hatte strukturelle Gründe: Der Status des Gemeindebürgers konnte nur vererbt werden (*ius sanguinis*). Das Geburtsrecht (*ius soli*) wie beispielsweise im Einwanderungsland USA hat in der Schweiz bis heute keine Gültigkeit. Die Einbürgerung wurde restriktiv gehandhabt. Gemeinden konnten die Gebühren (Anzugsgeld) für die Einbürgerung selber festlegen. Vermögen und Einkommen und manchmal auch die Herkunft des Antragstellers spielten eine Rolle. 1910 war mehr als ein Drittel der «Ausländer» in der Schweiz geboren, mehr als ein Viertel der im Ausland Geborenen lebte bereits über zehn Jahre in der Schweiz.

1910 waren 80 Prozent der ausländischen Bevölkerung in den Industriegebieten im Norden und im Osten der Schweiz und in den Städten zuhause.

Von 1888 bis 1910 wanderten 260 000 Personen zu. Sie ersetzten die 12 Prozent der Schweizer Bevölkerung, die in

32 Maissen 2010, S. 189. Vgl. auch Hansjakob Gabathuler, «Fahrendes Volk, Vaganten und Fremde Fötzel», im vorliegenden Band.

33 Zu zwei württembergischen Flüchtlingen im Werdenberg vgl. Hans Jakob Reich, «Pfarrer Lang und Geometer Kümmerle, Flüchtlinge aus dem Königreich Württemberg», im vorliegenden Band.

34 Das polnische Nationalmuseum in Rapperswil bildete das kulturelle Zentrum der polnischen Diaspora bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg.

35 1855 bestand der Lehrkörper des Polytechnikums aus 3 französischen, 11 deutschen und 15 Schweizer Professoren.

36 Breiding, Schwarz 2011, S. 9. «Eine zentrale Komponente in der Erschaffung dieses Qualitätsmerkmals [Swissness] ist Offenheit für das produktive Wirken anderer in diesem Land. Viele der dynamischsten Persönlichkeiten der Schweiz, die massgebende internationale Marken geschaffen haben, kamen aus dem Ausland.» Zit. Harold James, Princeton University, USA, ebenda.

den Jahrzehnten davor die Schweiz verlassen hatten.³⁷ Die französische Zuwanderung in die französischsprachige Schweiz besass eine lange Tradition. Meist wohnten die Migranten in Genf. Im Norden und Osten des Landes siedelten sich primär Zuwanderer aus dem wenig industrialisierten Süddeutschland an. Die meisten waren in Industrie und Handwerk beschäftigt. Die höheren Löhne in der Schweiz waren attraktiv. Aus dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn kamen Arbeiter unterschiedlicher Volkszugehörigkeit. Der Anteil Ungelernter war höher als bei den Arbeitskräften aus Deutschland. Deutsche Zuwanderer bildeten die grösste Zuwanderergruppe im 19. und frühen 20. Jahrhundert; 1880 machten sie fast die Hälfte der Ausländer aus, 1910 noch 37 Prozent.³⁸

Bei den Italienern verdoppelte sich die Zahl der Zugewanderten im Zeitraum von 1888 bis 1910. 87 Prozent der Italiener stammten aus Arbeiterfamilien, ein Grossteil aus Norditalien. Bessere und günstigere Reisemöglichkeiten erlaubten es auch Angehörigen ärmerer Bevölkerungsschichten, in die Schweiz zu gelangen. Sie arbeiteten in Industrieregionen und auf Grossbaustellen wie im arbeitsintensiven Tunnelbau, beim Bau von Gebirgslinien und Seilbahnen. 81 Prozent der Eisenbahnbauer stammten aus Italien. Viele von ihnen waren als Saisonwanderer beschäftigt, da es für sie im Winter keine Arbeit gab. Die zurückgebliebene Familie betrieb meist einen kleinen Landwirtschafts- oder Handwerksbetrieb, dessen Erträge nicht für die ganze Familie ausreichten. Oft wurde aus kurzfristigen Saisonwanderungen eine dauerhafte Niederlassung in der Schweiz. Spezialisten erhielten häufig das Schweizer Bürgerrecht angeboten, da man die Fachkräfte auch nach der Fertigstellung des Bahnnetzes benötigte. Ab 1900 arbeiteten Italiener zunehmend auch in anderen immer wichtiger werdenden Wirtschaftszweigen: in der Textil-, Nahrungsmittel-, Metall- oder Chemieindustrie. Im Tessin, der

einen Fünftel der italienischen Gastarbeiter aufnahm, fanden die Zuwanderer hauptsächlich in den Granitsteinbrüchen in der Leventina Beschäftigung. Italienerinnen arbeiteten im Ostschweizer Textilgewerbe. Sie waren gleich neben der Fabrik in von Ordensschwestern geführten Wohnheimen untergebracht oder wohnten bei Familienmitgliedern. Wie ihre männlichen Landsleute waren die jungen Frauen meist ledig. Italienische Gastarbeiter siedelten sich oft in bestimmten Stadtteilen und Orten an und bildeten dort Herkunftsgemeinschaften. Diese Konzentration zog weitere Landsleute nach; ein Teil spezialisierte sich auf italienische Produkte oder Dienstleistungen für Italiener: Gastwirte, Vermieter von möblierten Zimmern, Betreiber von Pensionen. Die Kolonien gründeten Vereine und führten ihr eigenes gesellschaftliches Leben.

Vor dem Ersten Weltkrieg (1913/14) studierten an Schweizer Universitäten mehr ausländische Studenten (4185) als einheimische (3925).³⁹ Sie trugen zur internationalen Atmosphäre und Ausstrahlung der Bildungsinstitutionen bei. Überdurchschnittlich viele Studentinnen aus dem Ausland studierten in der Schweiz, da hier vergleichsweise früh, bereits 1870, Frauen Zugang zu Hochschulen erlangten.⁴⁰

Die Reaktion der Schweizer Bevölkerung auf die Zuwanderer vor dem Ersten Weltkrieg unterschied sich je nach Sprachregion und Migrantengruppe. Die Zuwanderung von Franzosen in die französische Schweiz gestaltete sich relativ unproblematisch. Auch in Zeiten von zunehmendem Nationalismus begünstigte die Frankophilie in der Westschweiz ihre Integration. Im Gegensatz dazu war die Reaktion gegenüber deutschen Zuwanderern reserviert bis feindselig. In der deutschsprachigen Schweiz erleichterte umgekehrt die verbreitete Sympathie für das deutsche Kaiserreich die Integration deutscher Staatsbürger im Bürgertum. Spannungen gab es hingegen in den unteren Schichten. Deren Angehörige fühlten

sich wegen der Schwerfälligkeit ihres Dialekts unterlegen gegenüber der deutschen «Redegewandtheit». Sie fürchteten auch den Konkurrenzdruck der Zuzüger. Die Integration erfolgte oft über das Engagement der Zuwanderer in der schweizerischen Arbeiterbewegung, die ihnen ein Netz schützender Einrichtungen bot. Die Integration italienischer Arbeiter gelang weniger. Ein Grund dafür war sicherlich, dass sie auf den Grossbaustellen und in ihren Vierteln relativ isoliert unter sich lebten. Die fremde Sprache bildete ein zusätzliches Problem. Es gab im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen weniger Mischehen mit Schweizerinnen und Schweizern. Öfters kam es zu Konflikten, sei es am Arbeitsplatz oder am Wohnort. Die italienischen Arbeitskräfte galten den Schweizern als Lohndrücker und als zu folgsam. – Einige der Vorurteile auf Schweizerseite waren, dass die Italiener sparen wollten und nicht an gemeinsamen Aktivitäten der Arbeiter teilnahmen, dass sie nicht in Gasthäuser kämen, dass sie zerlumpt seien und es ihnen an Selbstwertgefühl fehle. Ihre geringere Bildung spiegle sich angeblich in der «mangelnden Hygiene». Gelegentlich kam es zu Ausbrüchen von Fremdenfeindlichkeit.⁴¹

Nation und Rasse als Trennlinie

Europa

Die Arbeits- und Siedlungswanderung nach Übersee in der Zeit vor 1914 wurde infolge der beiden Weltkriege 1914/18 und 1939/45 abgelöst von Kriegs-Fluchtbewegungen in gleicher Richtung. Nach dem Ersten Weltkrieg verschärfte sich die Trennlinie zwischen Staatsbürgern und Zugewanderten. Regulierung, Kontrolle und die Frage nach «Assimilierbarkeit» von Zuwanderern rückten in den Vordergrund. Sorge bereiteten den Mehrheitsgesellschaften Selbstbestimmungsforderungen von ethno-kulturellen «Minderheiten». Rassische Argumente, dass die Kultur von Minderheitengruppen zu fremd, rückständig oder auch



Diese Karikatur in der Flüchtlingszeitschrift «Über die Grenzen», 1945/ Nr. 14, ist betitelt mit: «'Begrenztes' Europa oder europäische Ueberlandstraße».

ETH, Archiv für Zeitgeschichte, NL Otto Zaugg, VE 6.8.1

minderwertig sei, wurden salonfähig. Zu spüren bekamen dies vor allem «Zigeuner», aber auch die jüdische Bevölkerung.

Herkunftsstaaten begannen sich in die Angelegenheiten «ihrer» Migranten in anderen Staaten einzumischen.⁴² Im östlichen Europa begann man, die Volkszugehörigkeit neben der Staatsangehörigkeit angeblich zum Schutz wertvoller kultureller Unterschiede in den Ausweisen zu registrieren. Unter Stalin waren Deportationen von Millionen von Menschen, deren Nationalität als Bedrohung für den Staat angeschaut wurde, die Folge. Die Vermischung von Nationalität mit rassischen und ethnischen Vorurteilen ist bis heute nicht überwunden.⁴³

Der Erste Weltkrieg brachte auch eine Trendwende der bis anhin liberalen Migrationspolitik. Neben der Zunahme von staatlichen Eingriffen veränderte sich durch die neu entstandenen Nationalstaaten auch ein Teil der Wanderungsbewegungen. Frühere Bin-

nenwanderungen wie beispielsweise im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn wandelten sich oft in grenzüberschreitende Migration.⁴⁴ Nationalstaaten «produzierten» Flüchtlinge aus Minderheiten, die als sogenannte «Fremdvölkische» vertrieben wurden. Europa wandelte sich zum Gebiet mit den meisten Flüchtlingen. Der Erste und der Zweite Weltkrieg brachten Zwangsumsiedlun-

37 Der Ausländeranteil im Kanton Genf betrug 40%, in Basel-Stadt 38%, im Tessin 28%, in Zürich 20%, in St.Gallen 31% und im stark industrialisierten Städtchen Arbon 46%. Mehr als 95% stammten aus Nachbarstaaten und 50 000 bis 90 000 Personen waren sogenannte Saisonwanderer. Vgl. Vuilleumier 2010, S. 195.

38 Oltmer 2010, S. 86.

39 In Genf waren 80% der Studenten aus dem Ausland.

40 Eine grössere Zahl Studentinnen und Studenten stammte aus Russland und gehörte dort zum Teil ethnischen und religiösen Minderheiten an.

41 Vuilleumier 2010, S. 193ff.

gen hunderttausender Zwangsarbeiter und die Deportationen von Millionen von Menschen durch autoritäre Regime hervor.

Nicht nur übersteigertes Nationalgefühl und Gewalt von Despoten führten zu wachsender Ausgrenzung von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten. Die Migrationsmuster veränderten sich zusätzlich durch den aufstrebenden Wohlfahrtsstaat. Mit zunehmender staatlicher Intervention in der Zwischenkriegszeit gewann die staatliche Migrationsregulierung in Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Gesellschaft an Bedeutung: Regierungen versuchten einerseits, sich durch sozialen Ausgleich die Staatsloyalität ihrer Bürger zu sichern, andererseits beschränkten sie die Zahl der Empfangsberechtigten. Zuwanderung wurde als Gefahr für die Leistungsfähigkeit des nationalen Wohlfahrtsstaats dargestellt. Man sperrte bestimmte Arbeitsmarktsegmente für Ausländer. Zur Regulierung der Einwanderung führten verschiedene Länder die Pass- und Visumpflicht ein. Die Überwachung von Ausländern wurde verstärkt. Mit der restriktiven Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen und Daueraufenthalten versuchte man, potenzielle Zuwanderer abzuschrecken.⁴⁵

Schweiz

Mit der Mobilisierung der europäischen Armeen kamen im Spätsommer 1914 über Deutschland oder Öster-

42 Beispielsweise die finanzielle und ideologische Unterstützung der radikal nationalen Sudetendeutschen Partei (als *sudetendeutsch* bezeichnete sich ein Grossteil der deutschen Minderheit in der 1918 entstandenen Tschechoslowakei) durch die Nationalsozialisten in Deutschland.

43 Hoerder, Lucassen, Lucassen 2010, S. 51f.

44 Aus dem Gebiet der aufgelösten österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden 1918 die neuen Staaten Österreich, Tschechoslowakei und Ungarn. Rumänien, Jugoslawien und Polen wurden durch Gebiete der Monarchie wesentlich vergrössert.

45 Hoerder, Lucassen, Lucassen 2010, S. 42ff.



Waffenabgabe bei der Internierung der Spahi-Truppen in der Schweiz 1940.

ETH, Archiv für Zeitgeschichte, BA Peter Keckeis, VE 22

reich-Ungarn russländische⁴⁶ politische Flüchtlinge – die meisten von ihnen jung und zarenkritisch – in die Schweiz. Im Verlauf des Krieges nahm das neutrale Land auch 26 000 Fahnenflüchtige und Deserteure von beiden Kriegsparteien auf. Ein Teil wurde jedoch zurückgeschickt. 68 000 verwundete Kriegsgefangene fanden Aufnahme.

Der Einbruch des wirtschaftlichen Aufschwungs wegen des Krieges, der hohe Preis- und Mietanstieg, fehlende Militäersatzleistungen und soziales Ungleichgewicht führten zur Verelendung eines Teils der Schweizer Bevölkerung und 1918 zum Generalstreik der Arbeiterschaft. Das Ereignis verschärfte die Spaltung der Gesellschaft. Die politische Elite, Teile des Bürgertums und die Landbevölkerung empfanden den Generalstreik als Bedrohung für die Sicherheit des Landes. In die Wut gegen Gewerkschaften und Sozialisten mischte sich die Ablehnung der ausländischen Bevölkerung, die der Aufwiegelung der Schweizer Arbeiterschaft bezichtigt wurde. Der Ausländer wurde zunehmend als Bedrohung für die ge-

sellschaftliche Ordnung und die nationalen Werte gesehen.

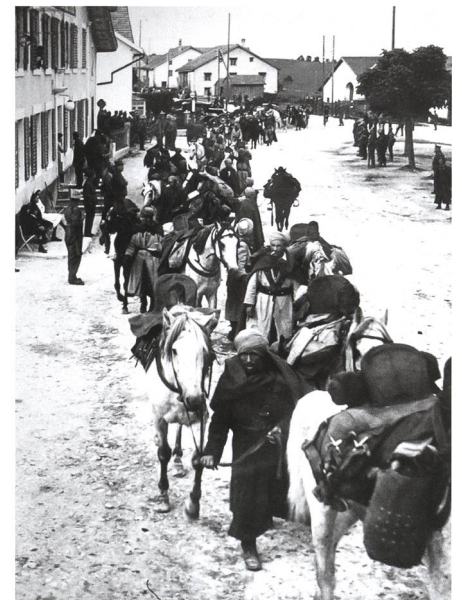
Der Krieg brachte Einschnitte bei der Zuwanderungspraxis der Schweiz. 1925 wurde in einem neuen Verfassungsartikel dem Bund die Befugnis zum Erlass von Gesetzen zur Regulierung der Ein- und Ausreise und von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen übertragen. Bis dahin hatte es ausser der Ausweisungspflicht keine Beschränkung der Zuwanderung gegeben.

Bereits während des Krieges ging die ausländische Bevölkerung um 150 000 bis 200 000 Personen zurück. In den Jahren 1914 bis 1945 wies die Schweiz aufgrund der Wirtschaftskrisen und Kriege eine negative Zuwanderungsbilanz auf. Einige Kantone schränkten die Niederlassung von Zuwanderern ein oder verboten sie ganz. Trotz sinkender Ausländerzahlen wurden Stimmen zur angeblichen «Überfremdung» laut, dies, obwohl Ende der 1920er Jahre zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung zwanzig Jahre und mehr in der Schweiz lebten und sich gut integriert hatten. Das Einbürge-

rungsrecht wurde verschärft. «Assimilation» wurde vorausgesetzt und die Wohnfrist 1917 von zwei auf vier Jahre, 1920 auf sechs und 1952 auf zwölf Jahre heraufgesetzt.⁴⁷

In den 1930er Jahren gerieten die italienischen Herkunftsgemeinschaften wie auch die in der Schweiz lebenden Deutschen unter faschistischen beziehungsweise nationalsozialistischen Einfluss aus ihren Herkunftsländern. Dies brachte die Schweizer Regierung in Schwierigkeiten, wenn es darum ging, aus politischen oder aus rassistischen Gründen verfolgte Flüchtlinge aus diesen Ländern aufzunehmen. Die Schweiz verstand sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland als Transit- und nicht als Asylland. Sie verschärfte ihre Flüchtlingspolitik. Einreisende mussten über ein Visum verfügen, die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit war ihnen verboten. Im Herbst 1938 erhielten deutsche Juden auf Schweizer Veranlassung einen J-Stempel im Pass. Dieser machte sie für Grenzwachter sofort als Juden erkennbar.

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Frankreich im Juni 1940 wa-



Französische Spahi⁴⁸-Truppen 1940 beim Grenzübertritt in die Schweiz.

ETH, Archiv für Zeitgeschichte, BA Peter Keckeis, VE 21



Flüchtlingslager in Diepoldsau. ETH, Archiv für Zeitgeschichte, IB SIG-Archiv, VE 2539



Polnische Militärinternierte in Amlikon TG (1940–45) bei der Arbeit in der Landwirtschaft. ETH, Archiv für Zeitgeschichte, BA Fotosammlung AfZ, VE 2

ren die Wege in die Schweiz und aus ihr heraus abgeschnitten. Dennoch fanden während des Krieges rund 300 000



Kritische Würdigung der Schweiz als Aufnahmeland für Flüchtlinge in der Flüchtlingszeitschrift «Über die Grenzen», 1945/Nr. 12: «Ich bin ja sooo glücklich und sooo stolz, euch alle bei mir zu haben.»

ETH, Archiv für Zeitgeschichte, NL Otto Zaugg, VE 6.8.1

Menschen Zuflucht im Land. Etwa 66 000 Zivilisten aus dem Grenzgebiet wurden kurzfristig in der Schweiz aufgenommen. 60 000 nicht-jüdische Kinder aus Kriegsgebieten kamen für einen dreimonatigen Erholungsurlaub. Gemäss Haager Konvention internierte die Schweiz 104 000 Angehörige fremder Armeen auf Kosten ihrer Herkunftsländer.

Viel schwieriger gestaltete sich die Einreise für jüdische Flüchtlinge. Laut Schätzungen wurden 20 000 in die Schweiz geflohene Juden trotz Todesgefahr zurückgeschickt und 10 000 Visumanträge abgelehnt. Flüchtlinge nur aus Rassegründen galten nicht als politische Flüchtlinge. Trotz Berichten über die systematische Vernichtung von Menschen jüdischer Herkunft und zunehmend kritischer Stimmen in Bevölkerung und Parlament blieb die Abweisungspraxis des Bundesrates von 1942 bis Ende 1943 restriktiv. Von gut 60 000 aufgenommenen Zivilflüchtlingsen waren rund 30 000 Juden.

Nach dem Krieg sah sich die Schweiz weiterhin in erster Linie als Transitland und es wurde versucht, die Flüchtlinge in ihre Länder zurückzuführen oder heimatlos gewordene Menschen nach Amerika weiterzuschicken. Erst 1947 erhielten die letzten 2000 verbliebenen Flüchtlinge die Niederlassungsbewilligung.⁴⁹

Wirtschaftsaufschwung nach dem Krieg

Europa

In der Nachkriegszeit löste ein inner-europäisches Süd–Nord-Arbeitswanderungssystem der «Gastarbeiter» die Migration von Europa nach Übersee ab. Aufgrund der Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg legte die Internationale Flüchtlingskonvention (Genfer Konvention 1951) stärkere innerstaatliche Schutzmechanismen für Flüchtlinge fest.

Die 50er und 60er Jahre waren geprägt vom wirtschaftlichen Wachstum Europas. Zwischenstaatliche Anwerbeabkommen regelten die Versorgung mit dringend benötigten ausländischen Arbeitskräften. Die Migrantinnen und Migranten stammten aus dem südlichen Europa von Portugal bis zur

46 Der Begriff *Russländisch* bezeichnet den russischen Staatsbürger und bezieht sich nicht auf die russische Sprache oder Ethnie.

47 Vuilleumier 2010, S. 199.

48 Mit *Sipâhi* wurde im Osmanischen Reich ein Reiter der Kavallerie bezeichnet. Seit der französischen Eroberung des Maghrebs (Marokko, Algerien, Tunesien) von 1830 bis zum Algerienkrieg (1954–62) standen Spahis im Dienst der französischen Armee und waren auch im Einsatz gegen den Nationalsozialismus.

49 Vuilleumier 2010, S. 199f.



Flüchtlinge bringen ihre Dankbarkeit gegenüber dem Gastland zum Ausdruck.

ETH, Archiv für Zeitgeschichte, IB SIG-Archiv, VE 2539

Türkei. Sie waren eingebunden in soziale Sicherungssysteme ohne politische Partizipation; sie waren im Anwerberland eher Bewohner («denizen») als Einwohner («citizen»). Ein neues Phänomen war die Zuwanderung aus ehemaligen Kolonien nach Portugal, Frankreich, Belgien und Grossbritannien. Trotz Diskriminierung im Ziel-land erlangten die Migrantinnen und Migranten die Staatsangehörigkeit der ehemaligen Kolonialmacht.⁵⁰

Schweiz

Die Schweiz mit ihrer intakten Infrastruktur und den unversehrten Produktionsanlagen erholte sich rascher vom Krieg als die umliegenden, stark zerstörten Länder. Bereits in der zweiten Hälfte der 40er Jahre setzte ein langandauernder wirtschaftlicher Aufschwung ein. Dies führte zu Veränderungen in der Sozialstruktur des Landes. Die Löhne stiegen rasch an. Die Industrie brauchte zusätzliche Arbeitskräfte, um das Wachstum zu bewältigen, aber auch, um die Lohnspirale zu bremsen und Kosten zu sparen. Gleich nach dem Krieg begannen die Unternehmen «Gastarbeiter» anzuwerben.

Die vergleichsweise hohen Löhne der Schweiz boten der Bevölkerung der kriegsversehrten Nachbarstaaten willkommene Arbeitsstellen. Die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften wurde als temporäre Massnahme betrachtet. Sie funktionierte nach dem Rotationsprinzip, das heisst, es wurden zahlreiche zeitlich beschränkte Aufenthaltsbewilligungen entweder für eine

Saison oder ein Jahr erteilt. Zuerst kamen Italiener, meist Männer aus Nord- und Mittelitalien. Angesichts der zwei Millionen Arbeitslosen im Land förderte die italienische Regierung ihre Abwanderung zur Entschärfung sozialer Spannungen. 1948 wurde auf Druck Italiens ein schweizerisch-italienisches Abkommen über Sozial- und Rentenversicherung der Arbeitswanderer geschlossen. 1949 bis 1959 fanden viele, meist junge, ledige Frauen aus Deutschland und Österreich Beschäftigung in der Textil- und Lebensmittelindustrie oder sie arbeiteten in haushaltsnahen Dienstleistungen.

Mit zunehmendem Wirtschaftsaufschwung in den kriegsgeschädigten Nachbarländern liess die Attraktivität der Schweiz im Verlauf der 50er Jahre nach. Deutschlands Arbeitsmarkt wurde 1964 mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gestärkt und zur Konkurrenzdestination der Arbeitswanderung über die Alpen. Die Zahl italienischer Zuwanderer in die Schweiz ging zurück. An ihre Stelle traten Arbeitskräfte aus weiter entfernten Ländern: Spanien, Portugal, Jugoslawien, Griechenland und Türkei. Insgesamt reisten zwischen 1951 und 1970 2,68 Millionen Men-



Ankunft jugoslawischer Saisonarbeiter 1988 in der Schweiz, die zu einem grossen Teil mit dem «Belgrad-Express» via Buchs einreisten. Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs

schen als Jahresaufenthalter oder Niederlassene ein. Die Arbeitsmigranten waren ein willkommenes Devisenbringer für ihr Herkunftsland. Monatlich schickten sie ihren Familien Geld nach Hause. Der Dienst in der Fremde weckte jedoch auch Bedenken, so beispielsweise in Jugoslawien: 1972 lebte beinahe eine Million jugoslawischer Arbeitnehmer im Ausland. Die Abwanderung auch qualifizierter und hoch qualifizierter Arbeitskräfte sowie der westliche Einfluss, dem diese im fremden Land ausgesetzt waren, beunruhigten die kommunistische Regierung. Zudem wusste man nicht, ob die 300 000 Wehrpflichtigen im Ausland im Notfall für das Herkunftsland eingesetzt werden könnten.⁵¹

Bis Anfang der 60er Jahre betrachtete die Schweiz die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte primär als Konjunkturpuffer. Sie schuf ein flexibles System im Fall eines wirtschaftlichen Einbruchs.⁵² Es gab drei Aufenthaltstitel:

«A»: Die Aufenthaltsdauer der sogenannten Saisonarbeiter oder Saisoniers betrug maximal neun Monate, war aber verlängerbar. De facto war der Aufenthalt oft viel länger. Die Familie durfte nicht nachgeholt werden.

«B»: Der Arbeitnehmer verfügte über eine ganzjährige Aufenthaltserlaubnis,

durfte die Familie aber erst nach mehreren Jahren ins Land holen.

«C»: Dieser Titel bedeutete die unbefristete Niederlassung. Der Ausländer war den Schweizern in allem – ausser den politischen Rechten – gleichgestellt.

Beim Konjunktureenbruch nach der Ölkrise 1974 kam dieses System zum Tragen: Die Neuzuwanderung wurde unterbunden und Verlängerungsanträge wurden abgelehnt. Die Gültigkeit der Aufenthaltsbewilligungen nur in einem Kanton schränkte die räumliche, soziale und berufliche Mobilität arbeitssuchender Zuwanderer ein. In der Folge nahm die ausländische Arbeiterschaft innerhalb von vier Jahren um 300 000 Personen ab. Die Arbeitslosigkeit wurde in die Herkunftsländer verlagert.

Eine Folge der restriktiven Handhabung war, dass die meisten Arbeitsmigranten weniger als vier Jahre in der Schweiz lebten. Die Herkunftsländer forderten deshalb eine Verbesserung des Status ihrer Staatsangehörigen.⁵³ Allmählich wuchs in der Schweiz die Erkenntnis, dass ausländische Arbeitskräfte auf Dauer unverzichtbar waren für die Schweizer Volkswirtschaft. Das Rotationsprinzip wurde zugunsten des Integrationsprinzips abgelöst. Die Zu-

wanderer erhielten die Möglichkeit, länger in der Schweiz zu bleiben, sich zu integrieren und später einzubürgern. Gleichzeitig musste man sich eingestehen, dass der gross angelegte Import von ausländischen Arbeitskräften zwar den Unternehmen half zu expandieren, aber letztlich die Arbeitsproduktivität nicht erhöht hatte. Zu wenig war in wichtige technologische Entwicklungen investiert worden.

Ab 1963 ergriffen die Behörden Massnahmen, um die Neuzuwanderung zu bremsen, allerdings mit wenig Erfolg. Zwar ging die Neueinwanderung von Arbeitskräften zurück. Doch kamen in den folgenden Jahren immer mehr nichterwerbstätige italienische Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Familienzusammenführungen. 1969 bis 1974 verdoppelte sich die Anzahl C-Bewilligungen trotz weniger Erwerbstätigen. Für die ausländische Bevölkerung wurde die Situation beständiger. Auf Schweizer Seite verstärkte sich der Druck der sogenannten «Überfremdungsbewegung».

Die ausländischen Arbeitskräfte verrichteten oft unattraktive, bei Schweizern nicht beliebte und schlecht bezahlte Arbeit. Besser ausgebildete Schweizer, auch aus der Arbeiterschicht, stiegen sozial auf, wurden Vorarbeiter auf dem Bau oder Schichtführer in der Industrie. Die Reallöhne der Schweiz verdoppelten sich in der Wachstumsphase 1945 bis 1975. Es gab aber auch unter den Schweizern Verlie-



Jugoslawische Saisoniers stehen Schlange für die grenzsanitarische Untersuchung im Postgebäude Buchs, 1980. Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs

50 Hoerder, Lucassen, Lucassen 2010, S. 43ff.

51 Aus: Saxer 1972.

52 Max Frisch kritisierte die Wirtschaftspolitik der Schweiz in den 1960er Jahren mit folgendem berühmt gewordenen Satz: «Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.»

53 1964 wurde mit Italien ein neuer Vertrag zur Vereinfachung des Wechsels zwischen den drei Aufenthaltsgenehmigungen, zur Verkürzung der Frist für den Familiennachzug und zur Lockerung der Mobilitätsbeschränkung von Zuwanderern geschlossen. Drei Jahre später zogen alle west- und «mittel»-europäischen Länder nach.



Plakate aus dem Abstimmungskampf um die Überfremdungsinitiative von 1970, die sogenannte Schwarzenbach-Initiative.

rer, die vom Aufschwung nicht in vergleichbarem Masse profitierten. Sie reagierten verbittert und sahen im Zuwanderer den Sündenbock. Sie betrachteten ihn als Eindringling, der schuld war am Wandel in Gesellschaft und Arbeitswelt. Arbeitsmigranten wurden für die Überlastung der Bildungsinstitutionen, der Krankenhäuser und für die Wohnungsknappheit verantwortlich gemacht. Es kam zu Spannungen. Die Angst vor «Überfremdung» nahm weiter zu. Gleich mehrmals hatten die Schweizerinnen und Schweizer in den 70er und 80er Jahren über Überfremdungsinitiativen abzustimmen. Die bedeutendste war 1970 die Überfremdungsinitiative von einer Gruppe um den Politiker der Nationalen Aktion (NA) *James Schwarzenbach*. Sie verlangte eine Begrenzung des Ausländeranteils auf 10 Prozent. Nach emotionsgeladener Kampagne wurde das Volksbegehren mit 54 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Alle grossen Parteien, Unternehmen, Gewerkschaften und Kirchen bekämpften die Initiative.⁵⁴

Asylzuwanderung und das Ende des Kalten Krieges

Europa

In den 1970er Jahren verloren europäische Herkunftsländer, mit Ausnahme Südosteuropas, an Bedeutung für die Migration. Dafür schnellte die Asylzuwanderung nach West-, Mittel- und

Nordeuropa in die Höhe. Sie verlagerte sich von Asylsuchenden aus Osteuropa auf Personen aus Ländern der Dritten Welt: Lateinamerika, östlicher Mittelmeerraum, Teile Asiens und Afrika. Hauptgrund war der Anwerbestopp europäischer Regierungen seit der Ölkrise 1973 und die damit verbundene Abschottung gegen neue Zuwanderer. Wanderungswilligen blieb nur der Weg der Familienzusammenführung oder der Asylzuwanderung offen.

Die globale wirtschaftliche Ungleichheit vergrösserte sich, postkoloniale Konflikte in der Dritten Welt brachen aus. Politische und militärische Auseinandersetzungen, nicht zuletzt ausgelöst durch den Ost-West-Konflikt, lösten neue Wanderbewegungen aus. Obwohl der Grossteil der Flüchtlinge aus politisch instabilen Gebieten in den Konfliktregionen blieb und nicht nach Europa emigrierte, nahm die Zahl Asylsuchender in Europa zu. Die nach Europa gerichteten Flüchtlingsströme lassen sich zu einem grossen Teil mit weltweiten Interventionen der europäischen Grossmächte in Politik, Wirtschaft oder mit Militär erklären. Diese verursachten Migrationsbewegungen und schufen die Voraussetzungen für eine Zieländerung der Migrationsströme nach Europa.⁵⁵

Seit den 50er Jahren nahm der Einfluss von Institutionen wie EG/EU und Uno auf die nationale und internationale Politik stetig zu. Mit dem ersten

Schengener-Abkommen⁵⁶ 1985 begannen sich die nationalstaatlichen Kompetenzen im Migrationsbereich auf EG/EU-Ebene zu verlagern. Die Schengener Abkommen läuteten nicht nur die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU ein, sondern auch den Aufbau einer «Festung Europa» gegen Zuwanderung von aussen.⁵⁷ Dennoch lagen die Regulierung der Migration und die Gestaltung von Integration weiterhin mehr oder weniger in den Händen der Nationalstaaten. Ab 1989, kurz nach dem Schengener Abkommen, fiel die Berliner Mauer. In den folgenden Jahren zerfielen auch die kommunistischen Regime in Osteuropa. Erneut stieg die Asylwanderung nach West-, Mittel-, Nord- und Südeuropa stark an.⁵⁸ Gleichzeitig fand die Arbeitswanderung von Ost- nach Westeuropa eine Anknüpfung an die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.⁵⁹

Schweiz

Infolge der Ölkrise nahm der Ausländeranteil in der Schweiz von 1975 bis 1986 ab. Allmählich begannen Men-

Ausländeranteil in der Schweiz 1850–2010

	Bevölkerung	Ausländer in %
1850	2 392 740	2,9
1860	2 510 494	4,6
1870	2 655 001	5,7
1880	2 831 787	7,4
1888	2 917 754	7,8
1900	3 315 443	11,6
1910	3 753 293	14,7
1920	3 880 320	10,4
1930	4 066 400	8,7
1941	4 265 703	5,2
1950	4 714 992	6,1
1960	5 429 016	10,8
1970	6 269 783	17,2
1980	6 365 960	14,8
1990	6 873 687	18,1
2000	7 288 010	20,5
2010	7 870 100	22,4

Nach Vuilleumier 2010, S. 195.

Ausländer in der Schweiz nach Nationalität (in Prozent)

Jahr	Deutschland	Frankreich	Italien	Österreich	Spanien	Portugal	Türkei	Jugoslawien	Amerika	Afrika	Asien
1850	39,6	41,8	8,6	4,4							
1860	41,6	40,8	12,0	3,2							
1870	37,9	41,2	12,0	3,9							
1880	42,6	28,3	19,7	6,0							
1888	48,9	26,3	18,2	6,0							
1900	41,0	18,2	30,5	6,4							
1910	36,7	14,7	36,7	7,1							
1920	37,2	14,2	33,5	5,8							
1930	38,0	10,5	35,8	6,2							
1941	26,0	10,9	43,0	9,7							
1950	19,6	9,6	49,0	8,3					1,4		
1960	16,0	5,4	59,2	6,8	2,3				1,9		
1970	11,0	5,2	54,0	4,3	11,2		1,1	2,3	1,7		
1980	9,3	5,4	44,3	3,6	11,3	2,0	4,1	6,5	2,2	1,2	2,3
1990	7,0	4,2	30,8	2,6	10,0	8,9	6,6	13,9	2,4	2,0	5,6
2000	7,7	4,3	22,5	2,0	5,9	9,5	5,6	24,2	3,5	2,6	5,1

Es sind nur jene Herkunftsländer bzw. -kontinente aufgeführt, die mehr als 1 Prozent der Zuwanderer in der Schweiz stellen. Im Jahr 2000 sind Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegovina, Mazedonien und die Bundesrepublik Jugoslawien immer noch unter dem Ländernamen Jugoslawien aufgeführt.

Nach Vuilleumier 2010, S. 196.

schen aus Portugal und Jugoslawien vermehrt zuzuwandern. Es waren eher gering qualifizierte Arbeitskräfte, die den Ersatz für frühere Arbeitsmigranten bildeten, die sich in der Schweiz inzwischen beruflich und sozial etabliert hatten. Erstmals wurde die Migration zum eigentlichen Motor des schweizerischen Bevölkerungswachstums.⁶⁰ Verschiedene Wirtschaftszweige wie die Haus- und Landwirtschaft, die Textil-, Metall- und Maschinenindustrie verloren als Arbeitgeber für Zuwanderer an Bedeutung. Stabiler zeigte sich die Situation beim Bau, im Gastgewerbe und im Gesundheitswesen. In den vergangenen Jahren wanderten vermehrt Techniker und Personen in wissenschaftlichen Berufen zu. Dennoch hat sich das Bildungsniveau der Zuwanderer seit den 50er Jahren gesamthaft nicht stark verändert.

1991 hob die Schweiz das seit den 60er Jahren praktizierte Saisoniersta-

tut auf.⁶¹ Kurze Zeit später geriet das Land in eine länger andauernde Konjunkturlaute. Mehrere zehntausend Arbeitskräfte kehrten in ihre Her-

54 Vuilleumier 2010, S. 200ff. – Heiniger 2006.

55 Flüchtlinge aus Vietnam und Lateinamerika migrierten in die USA, frankophone Vietnamesen wie auch Nord- und Westafrikaner nach Frankreich, Inder und Tاملين nach England.

56 Das Schengener Abkommen hob die stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der sogenannten Schengenstaaten auf. Gleichzeitig verbesserte eine Reihe von Massnahmen die internationale Justiz- und Polizeizusammenarbeit im Kampf gegen die Kriminalität.

57 Die EU-Grenzschutzagentur *Frontex* hat die Aufgabe, die Schengenaussgrenze zu schützen.

58 Hoerder, Lucassen, Lucassen 2010, S. 45.

59 Oltmer, 2010, S. 1ff.

60 Zwei Drittel des Wachstums von 1986 bis 1994 lagen im positiven Zuwanderungssaldo begründet.

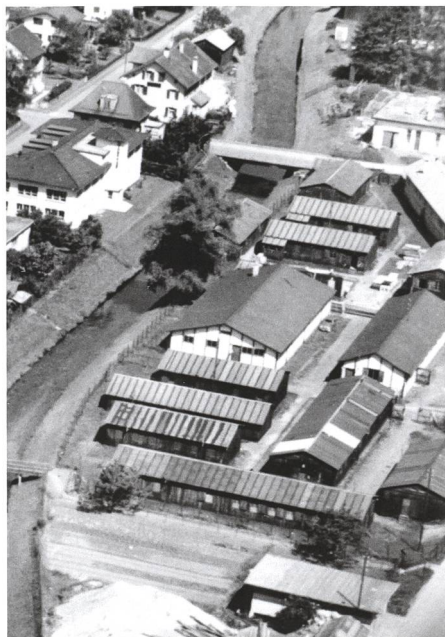
kunftslander zurück, weil ihre Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert wurde.⁶² Zuwanderer mit unbefristeter Niederlassungsbewilligung blieben jedoch im Land, auch wenn sie häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen waren als die einheimische Bevölkerung. Die Einreise von ausländischen Personen ohne Erwerbstätigkeit infolge des Familien-nachzugs brach nicht ab.

Seit 1945 ist die Flüchtlingsfrage für die schweizerischen Aussenbeziehungen mit ihren Nachbarländern nicht mehr von Bedeutung. In den 50er Jahren stieg hingegen die Zahl der Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa an. Sie flüchteten in der Regel vor den kommunistischen Regimen: 1956 kam es während des Ungarnaufstands zu einer Flüchtlingswelle aus Ungarn. 50 Prozent der 14 000 Personen gelangten in die Schweiz. 1968/69 flüchteten 12 000 bis 14 000 tschechoslowakische Staatsbürger vor den Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten nach der Niederschlagung des Prager Frühlings.⁶³ Anfang der 60er Jahre nahm die Schweiz auch etwa 2000 Tibeter auf, die nach ihrer Flucht aus China unter dem Schutz des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) standen. All diesen Flüchtlingsgruppen kam die antikommunistische Stimmung in der Schweiz zugute, was ihre Integration

61 Heute ersetzen in verschiedenen Branchen temporäre Angestellte oder Asylbewerber die «flexiblen» Saisonarbeiter. Vgl. dazu Susanne Keller-Giger, «Arbeitsplatz und Schule – Orte der Integration», im vorliegenden Band.

62 Mit der Aufhebung des Saisonierstatuts verfügte der Bund das «Dreikreisemodell». Jugoslawien, wo ein Grossteil der Gastarbeiter der vergangenen Jahre herkam, zählte von nun an wie die Türkei nicht als «traditionelles Rekrutierungsland» im «europäischen Kulturkreis». Aus: Maissen 2010, S. 311.

63 Als *Prager Frühling* wird die Reformbewegung in der Tschechoslowakei bezeichnet, die 1968 Gesellschaft, Wirtschaft und Politik erfasst hatte. Das Ziel war ein «Sozialismus mit menschlichem Antlitz». Vgl. Susanne Keller-Giger, «Neue Perspektiven zwischen hohen Bergen», im vorliegenden Band.



Das alte Barackenlager beim Bahnhof Buchs am Standort des heutigen Postgebäudes diente 1956 noch für die Aufnahme der Ungarn-Flüchtlinge und wurde 1960 durch das neue Auffanglager Birkenau ersetzt. Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs

wesentlich erleichterte. Begünstigend für eine erfolgreiche berufliche Integration wirkte sich auch die bis 1973 anhaltende robuste Wachstumsphase der Wirtschaft aus.

Die Integration der seit den 70er Jahren Zuflucht suchenden Flüchtlingsgruppen aus Lateinamerika, Asien und Afrika hingegen gestaltete sich schwieriger.⁶⁴ So war die Skepsis bei der Bevölkerung gross, als in den 1980er und 1990er Jahren mehrere Tausend Tami- len vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat Sri Lanka in die Schweiz flohen. Die bewusste Integration von Ausländern war bis anhin kaum ein politisches Thema gewesen. Zeitgleich mit den neuen Flüchtlingswellen wurde mit dem Abbau des Flüchtlingsstatus nach UN-Konvention von 1951 begonnen. 1981 entstand das erste Schweizer Asylgesetz, das sukzessive weiter verschärft wurde. In den 90er Jahren schuf man neue Aufenthaltstitel mit meist prekärem Status für Flüchtlinge. Diese hatten zum Ziel, die Ablehnung eines

Grossteils der Asylgesuche zu vereinfachen. Eine letzte Verschärfung des Asylgesetzes wurde 2006 vom Volk mit 68 Prozent Ja-Stimmen abgesegnet.⁶⁵

Eine gewisse Lockerung des Asylgesetzes in Bezug auf sogenannte Gewaltflüchtlinge gab es im Zusammenhang mit den kriege- rischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien. Die Schweiz nahm in der ersten Hälfte der 90er Jahre rund 18 000 Bosniaken und einige Jahre später 53 000 Kosovaren auf.⁶⁶

Mit der Unterzeichnung der bilateralen Verträge mit der EU über die Personenfreizügigkeit im Jahr 1999 erklärte sich die Schweiz bereit, Personen aus dem EU-Raum schrittweise freien Zugang zum Arbeitsmarkt und die Niederlassung zu gewähren. Für Nicht-EU-Länder wurde ein Punktesystem eingeführt, das das Bildungsniveau, die Berufserfahrung, das Alter, Sprachkenntnisse und die berufliche Flexibilität des Antragstellers einbezieht. Gut qualifizierte Bewerber aus Industrieländern erhalten in der Regel erleichterte Einwanderung. Dies bedeutet anderseits den Ausschluss eines Grossteils der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Antragsteller. Trotz der Verschärfung können aber Unternehmen weiterhin hoch qualifizierte Spezialisten auch aus den ärmsten Ländern einstellen. Ein Teil dieser Fachkräfte bleibt nur wenige Jahre in der Schweiz. Diese «Expatriates» oder «Ex-

pats», wie sie auch genannt werden, ziehen oft weiter an andere Zweigstellen ihres Unternehmens. Sie behalten eine enge Verbindung zu ihrem Herkunftsland und integrieren sich kaum im «Gastland».

Seit 1993 hat die Zahl von Einbürgerungen stark zugenommen. Das Bürgerrecht von dauerhaft niedergelassenen Ausländern und Secondos bleibt jedoch ein Thema. Bisher scheiterten alle Initiativen zu erleichterter Verleihung der Staatsangehörigkeit für in der Schweiz geborene Ausländer. Die Einbürgerung erfährt noch immer eine längst nicht mehr reale Überhöhung, sozusagen als «Tor zur Schweiz». Im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschaffte das Schweizer Bürgerrecht Zugang zu materiellen Vorteilen oder Sicherheiten. Der Ausbau des Sozialstaats und obligatorische Versicherungen machen viele dieser Vorrechte hin- fällig. Die Unterschiede zwischen Schweizern und niedergelassenen Ausländern reduzieren sich hauptsächlich auf die politischen Rechte. Einzelne Kantone der französischen Schweiz gestehen Zuwanderern allerdings bereits heute das aktive und passive Wahlrecht auf Gemeindeebene zu.

2010 betrug der Ausländeranteil in der Schweiz 22,4 Prozent. Die Zuwanderer stammen aus den unterschiedlichsten Ländern und sozialen Schichten. Sie sind sowohl in hochqualifizierten als auch einfachen Berufen tätig. Im Kanton St.Gallen leben zurzeit Menschen aus über 150 Ländern.⁶⁷



Gedenkplatte im Bahnhof Buchs zur Erinnerung an die Ungarn-Flüchtlinge von 1956. Foto Hans Jakob Reich, Salez

Die Welt wird farbiger

Die Welt ist auch bei uns, in der lange Zeit ländlich geprägten Schweiz, farbiger geworden. Eine globalisierte Wirtschaft, weltweite Mobilität und Kommunikation führen zu Migration auch aus weiter entfernten Ländern und Kontinenten. Die Menschen gehen dorthin, wo sie sich eine bessere Zukunft erhoffen, und wandern ab von Regionen, wo sie keine Perspektive sehen oder wo man ihnen ihre Existenzgrundlage genommen hat – so, wie es

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit

Am Jahresende, in Tausend

	2006	2007	2008	2009	2010
Total	1554,5	1602,1	1669,7	1714,0	1766,3
EU27/EFTA	923,8	971,9	1037,1	1077,6	1101,5
Deutschland	173,9	203,2	234,6	251,9	263,3
Frankreich	73,5	79,3	87,4	92,5	95,6
Italien	293,3	291,2	291,6	290,6	287,1
Österreich	33,2	34,2	35,7	36,7	37,0
Portugal	174,2	183,0	196,8	206,0	212,6
Spanien	69,1	65,9	65,2	65,0	64,1
Übriges Europa	421,0	414,0	406,8	402,2	403,4
Serbien, Montenegro	191,5	188,1	184,4	181,3	–
Serbien	–	–	–	–	121,9
Türkei	74,3	73,2	72,2	71,6	71,8
Afrika	49,8	51,9	54,8	57,7	71,5
Amerika	63,4	66,1	69,8	72,7	74,5
Asien	93,0	94,5	96,9	99,3	110,5
Australien/Ozeanien	3,3	3,6	3,8	4,0	4,0
Staatenlos, unbekannt	0,3	0,3	0,5	0,6	0,8

Ab 2010: Neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung, die zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten umfasst.

Quelle: Bundesamt für Statistik (<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/01.html>)

der Mensch, der homo migrans, schon immer getan hat.

In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs gelang es der Schweiz, einen grossen Teil der ausländischen Einwoh-

ner zu integrieren. Wirtschaftliche Krisen und Zeiten durchgreifender gesellschaftlicher Veränderungen führten jedoch zu nachlassender Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung. Ängste

vor den zunehmend als Eindringlinge empfundenen Zuwanderern sind gewachsen. Die Politik tendierte und tendiert dazu, auf die Herausforderung mit einer Verschärfung der Bedingungen für Migrantinnen und Migranten zu antworten, Zuwanderung zu begrenzen und restriktiv Aufenthaltsbewilligungen zu erteilen.⁶⁸ Ausländerfragen drohen dadurch wenig differenziert diskutiert zu werden – mit der Folge, dass vor allem auf «Reizthemen» im Zusammenhang mit misslungener Integration reagiert wird. Die Entwicklung und Diskussion konstruktiver Ideen für ein respektvolles Zusammenleben in einer vielfältig gewordenen Schweiz sind heute denn auch notwendiger denn je.

64 Z. B. 1973 aus Chile, 1978–1981 8500 Personen aus Vietnam.

65 Ziel des Asylgesetzes: Missbräuche des Asylrechts verhindern und die Probleme bei der Rückführung abgewiesener Asylsuchender lösen.

66 Während des Kosovokrieges lebten schätzungsweise 200 000 Kosovo-Albaner in der Schweiz, 10% der kosovarischen Gesamtbevölkerung. Vgl. dazu Maissen 2010, S. 311.

67 Vgl. dazu Ralph Hug, «Über die Zuwanderung im Werdenberg», im vorliegenden Band.

68 Vuilleumier 2010, S. 200ff. – Heiniger, 2006.

Literatur

Bade, Emmer, Lucassen, Oltmer 2010: BADE, KLAUS J./EMMER, PIETER C./LUCASSEN, LEO/OLTMER, JOCHEN, *Die Enzyklopädie: Idee – Konzept – Realisierung*. In: *Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Hg. BADE, KLAUS J./EMMER, PIETER C./LUCASSEN, LEO/OLTMER, JOCHEN, München 2010, S. 19–27.

Breiding, Schwarz 2011: BREIDING, JAMES/SCHWARZ, GERHARD, *Wirtschaftswunder Schweiz. Ursprung und Zukunft eines Erfolgsmodells*, Zürich 2011.

Gabathuler 1994: GABATHULER, MARKUS, *Fremdsprachige Kinder in unseren Schulen*. In: *Werdenberger Jahrbuch 1995*, 8. Jg., S. 206–214.

Head-König 2008: HEAD-KÖNIG, ANNE-LISE, *Binnenwanderung*. In: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D7992.php>, abgerufen am 22.9.2011.

Heiniger 2006: HEINIGER, MARCEL, *Einwanderung*. In: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D7992.php>, abgerufen am 22.9.2011.

Hörder, Lucassen, Lucassen 2010: HÖRDER, DIRK/LUCASSEN, JAN/LUCASSEN, LEO, *Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung*. In: *Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Hg. BADE, KLAUS J./EMMER, PIETER C./LUCASSEN, LEO/OLTMER, JOCHEN, München 2010, S. 28–53.

Isler 2011: ISLER, THOMAS, *Nachdem 1989 die Mauern fielen, werden jetzt neue gebaut*. In: *NZZ am Sonntag*, 9.1.2011, S. 15.

Lemmenmeier 2003: LEMMENMEIER, MAX, *Stickerblüte*. In: *Sankt-Galler Geschichte 2003*, Bd. 6, *Die Zeit des Kantons 1861–1914*, St.Gallen 2003, S. 59.

Maissen 2010: MAISSEN, THOMAS, *Geschichte der Schweiz*, Baden 2010.

Notter 2011: NOTTER, MARKUS, *Wandern kann Volkssport sein oder Schicksal*. In: *NZZ am Sonntag*, 15.5.2011, S. 18.

Oltmer 2010: OLTMER, JOCHEN, *Migration im 19. und 20. Jahrhundert. Enzyklopädie deutscher Geschichte*, Bd. 86, München 2010.

Saxer 1972: SAXER, H[ERMANN], 29. Februar 1972: *Sehr reger Einreiseverkehr jugoslawischer Fremdarbeiter*. In: *Buchser Gemeindechronik 1972*.

Vuilleumier 2010: VUILLEUMIER, MARC, *Schweiz*. In: *Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Hg. BADE, KLAUS J./EMMER, PIETER C./LUCASSEN, LEO/OLTMER, JOCHEN, München 2010, S. 189–204.



Der alte Grenzübergang Liechtenstein/Vorarlberg im Ruggeller Riet. Foto 6. März 2011, Hans Jakob Reich, Salez